Lithium-Batterien: Brandgefahr für Abfallwirtschaft und Bevölkerung

Gefahr im Restmüll:

In Österreich werden jährlich rund **1.500 Tonnen Batterien fälschlicherweise im Restmüll** entsorgt, wobei eine Abschätzung der Montanuniversität Leoben zeigt, dass in dieser Menge fast drei Millionen Stück Lithium Batterien enthalten sind. Von diesen **Lithium Batterien und Akkus** geht ein **besonderes Risiko** aus, da diese leicht entzündlich sind und eine mechanische Beschädigung – etwa durch das Verpressen im Müllfahrzeug oder beim Umladen – zur Selbstentzündung führen kann. Sowohl im Bereich der gewerblichen als auch der kommunalen Abfallwirtschaft kommt es in den letzten Jahren zu einer massiven Steigerung von Brandereignissen aufgrund von falsch entsorgten Lithium-Batterien. Abfallwirtschaftliche Anlagen sind derzeit kaum mehr versicherbar, was die kommunale und gewerbliche Abfallwirtschaft zunehmend vor Probleme stellt.

Zwar werden im Rahmen der gesetzlich verankerten erweiterten Herstellerverantwortung bereits wichtige Schritte zur Sammlung und Erfassung von Batterien gesetzt, allerdings braucht es **aufgrund der hohen Gefährdung durch falsch entsorgte Lithium Batterien einen neuen Ansatz zur Lösung dieses Problems.**

Ein EU-weites Pfandsystem auf Lithium Batterien könnte die Sammelmengen wohl sehr rasch steigern, ein solches wird entsprechend der EU-Batterienverordnung aber erst bis Ende 2027 evaluiert. Daher ist bis zur Einführung eines EU-weiten Pfandes rasch eine nationale Lösung zu etablieren, die die Bevölkerung sensibilisiert, die Sammlung verbessert und das Risiko für alle beteiligten minimiert.

Vorschläge zur Problemlösung:

- Umsetzung einer europaweiten Pfandlösung auf Batterien, in Anlehnung an die Bestimmungen der EU-Batterienverordnung.
- Einrichten eines Batterien-Fonds (finanziert durch die Inverkehrsetzer), welcher einen Lastenausgleich für die betroffenen Bereiche der Abfallwirtschaft sicherstellt:
    1. Schaffen einer österreichweiten (begünstigten) Versicherungslösung für Anlagen und Infrastruktur, welche aufgrund des Auftretens von Schadereignissen durch Lithium-Batterien besonders gefährdet sind (z.B. Umladestationen für Restmüll, Sortieranlagen, ...).
    2. Mobilisierung zusätzlicher Sammelmengen durch nationale Aktionen (z.B. Cash-Back Aktionen) oder ähnliche Maßnahmen zur Sicherstellung der besseren Erfassung von Li-Batterien in der getrennten Sammlung.
    3. Ausweitung der Finanzierung von Sensibilisierungsmaßnahmen für die Bevölkerung durch Initiativen der Umwelt- und Abfallberatung (z.B. Aktionswochen), sowie durch Informationsaktionen des Handels.
- Ausweitung der WEEE-Zuordnungsliste (Elektroaltgeräteverordnung) auf alle Produkte, welche Batterien enthalten und bisher nicht als Elektroaltgerät eingestuft werden, wie z.B. Kinderschuhe mit integriertem Blinklicht.
- Verbot von Einweg E-Zigaretten welche besonders restmüllgängig sind.
- Durchführen einer „Aktionswoche Lithium-Batterien“ im Jahr 2026.

Arge AWV I Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände
Stadiongasse 6-8/8, 1010 Wien, office@argeawv.at, www.argeawv.at
Redaktion: DI Michael Bartmann, Version: 1.1 vom 18.07.2025